



# UNABHÄNGIGE BÜRGER BACHGAU

---

## **Jetzt doch Abschaffung der Straßenausbaubeiträge möglich?**

Nachdem die amtierende CSU Mehrheit im Landtag 2016 die Abschaffung der Ausbaubeiträge in Bayern abgelehnt und als Lösung die Möglichkeit der wiederkehrenden Beiträge für alle Anlieger verabschiedet hat, kommt jetzt die Kehrtwende? Aus der Erfahrung des verursachten Desasters mit G8 oder G9 in der Bildung und der Verschwendung unnötiger Steuergelder befürchtet die CSU auf Grund des neuerlichen Vorstoßes der Freien Wähler zur Abschaffung der Ausbaubeiträge wohl Schlimmes.

Wie wir bereits Anfang 2016 berichtet hatten (lesen Sie die alten Artikel auf [www.ub-bachgau.de](http://www.ub-bachgau.de)) haben wir uns schon damals mit Weitblick und im Sinne der Gerechtigkeit für die Abschaffung stark gemacht, mussten letztendlich aber die Mehrheitsentscheidung im Landtag respektieren. Wir begrüßen deshalb den neuerlichen Vorstoß für ein Volksbegehren und bitten alle Großostheimer Bürger sich zahlreich hierfür im Rathaus einzutragen und ein klares Zeichen zu setzen. Die Verwaltung wird den Start und die Eintragungsorte zu gegebener Zeit im Bachgau-Boten bekannt geben.

**Auch unser Gemeinderat** hat sich zuletzt am 26.07.2017 mit der Möglichkeit der halbseitigen CSU-Zwischenlösung von „wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen“ befasst. Während bei der Abwasserentsorgung mehr Gerechtigkeit durch die getrennte Abwassergebühr geschaffen wird, steht dies bei den Straßenausbaugeschulden noch aus. Anlieger erwarten daher dass jeder Entscheidungsträger hier vorausschauend nunmehr auch die Möglichkeit der kompletten Abschaffung dieser Beiträge überlegt und sich seiner Verantwortung den Bürgern gegenüber bewusst ist. Die Thematik der Abgrenzung und künftigen Finanzierung der wegfallenden Beiträge wird sicher zu regen und kontroversen Diskussionen führen und finanzielle Umplanungen im Haushalt fordern.

**Die Rechtsaufsicht** des Landratsamtes und die Kreisräte sind jetzt gefordert, dem Beispiel des Landkreises Coburg zu folgen und sofort alle Aktivitäten hinsichtlich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen auszusetzen. Für unsere Gemeinde würde dies den nötigen Freiraum schaffen in 2018 nicht auf Biegen und Brechen eine solche Satzung zur finanziellen Beteiligung der Anlieger am Straßenausbau weiter umsetzen zu müssen, um keinen Ärger mit der Rechtsaufsicht zu befürchten. Auch die Aussetzung der aktuell laufenden Umlegungen im Altort sollte jetzt kein Tabuthema mehr sein und hier Lösungen für den Übergang aktiv gesucht werden.

Was **in anderen Bundesländern** (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg) und in über 25% der bayerischen Gemeinden (lt. BayStMI; Stand 2015) ohne STRABS funktioniert, wird in Bayern auch generell möglich sein. Mehr Aufmerksamkeit bei der Instandhaltung der Ortsstraßen oder gemeindliche Planungsleistungen anstatt Abwarten bis eine Grundsanierung mit externen Planern nötig ist, wird langfristig zu niedrigeren Kosten führen. Das dies funktioniert, zeigt die eigene Erfahrung: bei pfleglicher Behandlung und Instandhaltung halten die Sachen einfach länger. Unsere gemeindliche Wasserversorgung beweist dies seit Jahren auf anschauliche Weise, indem zeitnah das Leitungsnetz geprüft und die Anlagen dauernd gewartet und repariert werden – warum nicht auch bei den Straßen?

Es gilt heute mehr als bisher: **Die Zukunft denken – Jetzt handeln!**  
Die UB-Bachgau ist immer erreichbar und setzt sich für SIE ein (Kontakt per email: [vorstand@ub-bachgau.de](mailto:vorstand@ub-bachgau.de)).